

**CONV 189/02**

**CONTRIB 64**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

des Sekretariats  
für den Konvent

---

Betr.: **Beitrag mehrerer Mitglieder des Konvents**

---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag nachstehender Mitglieder des Konvents erhalten:

Klaus HÄNSCH, Olivier DUHAMEL, Luís MARINHO, Linda McAVAN und  
Anne VAN LANCKER, Mitglieder des Konvents, und  
Pervenche BERÈS, Maria BERGER, Carlos CARNERO GONZÁLEZ, Elena PACIOTTI und  
Helle THORNING-SCHMIDT, stellvertretende Mitglieder des Konvents.

**Für einen Erfolg des Konvents zur Zukunft Europas:**  
**Unsere wichtigsten Vorschläge**

Der Konvent stellt für uns Sozialisten eine einzigartige Gelegenheit dar, die Europäische Union im Interesse unserer Bürger voranzubringen und sie in die Lage zu versetzen, durch die Entwicklung ihres Sozialmodells und durch ihren Beitrag zum Gleichgewicht in der Welt ihren internen Verpflichtungen und den Herausforderungen einer globalisierten Welt im 21. Jahrhundert tatsächlich gerecht zu werden.

Wir werden mit ganzer Kraft unseren Beitrag leisten für den Aufbau:

- eines sozialen und demokratischen Europa, in dem die Menschen in völliger Freiheit, in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben und vom sozialen Fortschritt profitieren können;
- eines Europa, das seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und zur Friedenssicherung, zur Entwicklung und zum Schutz der Menschenrechte beiträgt;
- eines Europa, das durch Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung sowie durch den Schutz und den Ausbau der sozialen Erfolge, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt unsere Zukunft sichert.

Wir wollen, dass diese Union, die seit einem halben Jahrhundert für Frieden, Stabilität und Wohlstand von entscheidender Bedeutung ist, mit dem Prozess der Ost- und Süderweiterung ihre historische Aufgabe fortsetzt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Union arbeiten Europaabgeordnete, nationale Abgeordnete und Vertreter der Regierungen sowie Vertreter der Parlamente und Regierungen der Beitrittsländer zusammen, um einen Verfassungsvertrag als Grundlage für die künftige Entwicklung der Union zu erarbeiten.

Wir wollen, dass der Konvent einen kohärenten Entwurf für eine Verfassung vorlegt, der die europäische Integration in Fortführung der Erfolge der vergangenen Jahrzehnte voranbringt. Wir wollen, dass sie sich auf eine demokratische Legitimität stützt, dass sie transparent und wirkungsvoll ist und unseren Bürgern klare Antworten auf die Frage gibt, was Europa in einer europäischen Föderation der Staaten und Völker im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger leisten kann und muss.

## **Unsere Prioritäten**

- das europäische Gesellschaftsmodell im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, der Vollbeschäftigung, der Innovation und des sozialen Zusammenhalts fördern;
- einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickeln;
- Europas Stimme Geltung verschaffen und seine Position in der Welt behaupten;
- eine politischere, demokratischere, transparentere, effizientere und bürgernähere Union.

## ***Die Grundwerte Europas***

In der Charta der Grundrechte sind unsere gemeinsamen Werte zusammengefasst. Sie ist der deutlichste Ausdruck der Würde des Menschen, der staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte, denen wir fest verbunden bleiben. Die Reformen für die Union der Zukunft müssen auf der Grundlage dieser Werte, die auch die unseren sind, konzipiert werden.

- Deshalb wollen wir, dass die Charta der Grundrechte in den künftigen Vertrag integriert und ihr rechtsverbindlicher Charakter garantiert wird.

## **Förderung des europäischen Gesellschaftsmodells im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung, der Vollbeschäftigung, der Innovation und des sozialen Zusammenhalts**

### **Entwicklung des europäischen Sozialmodells**

Für uns Sozialisten ist der Markt an sich weder ausreichend gerecht noch ausreichend effizient. Wir sind für die Marktwirtschaft, aber gegen eine Marktgesellschaft. Damit der Markt gut funktionieren kann, braucht er gerechte Regeln und hohe Standards, die unter anderem der Sozialpolitik und der sozialen Sicherheit, den Arbeitnehmerrechten, dem Umweltschutz, den Verbraucherrechten und der Solidarität zwischen den Regionen Rechnung tragen.

*Wir wollen folgende Ziele erreichen:*

- die Verankerung des europäischen Sozialmodells im neuen Vertrag, einschließlich der Finanzierung und der sozialen Grundsätze der Daseinsfürsorge und des sozialen Schutzes, die Ausdruck der unterschiedlichen Traditionen unserer Länder sind und sowohl für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften als auch für die Bürgerbeteiligung eine Rolle spielen. Die soziale Dimension muss ein fester Bestandteil der Aufgaben der Union sein, und es ist daher wichtig festzulegen, was unter Daseinsfürsorge zu verstehen ist;
- die Gewährleistung und Institutionalisierung der Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen;
- die Stärkung der im Vertrag enthaltenen Sozialvorschriften und die Beseitigung des Ausschlusses der Gemeinschaft von Zuständigkeiten für Arbeitsentgelte sowie Organisations- und Streikrechte;
- die Stärkung der Rolle der Sozialpartner einschließlich ihrer Rolle als Mitregulierer;
- die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für den Dialog mit der Zivilgesellschaft.

### Einführung einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnungspolitik

Die Einführung des Euro ist ein unbestreitbarer Erfolg in der Geschichte der europäischen Integration. Dennoch besteht ein Ungleichgewicht bei den zentralen Währungsinstitutionen wie der EZB, und es fehlt eine effiziente Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken, vor allem in der „Eurozone“ und in der Europäischen Union insgesamt. Die bestehende Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten mit Hilfe wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Leitlinien, das multilaterale Überwachungsverfahren und die Einführung einer Koordinierungsstrategie für die Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik sowie die Politik der nachhaltigen Entwicklung durch den Gipfel von Lissabon reichen nicht aus, um das entscheidende Ungleichgewicht zwischen Währungspolitik und wirtschaftlicher Koordinierung auf europäischer Ebene zu beseitigen. Eine wirtschaftliche und soziale Ordnungspolitik ist hilfreich für die Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials der Union, um Vollbeschäftigung sowie wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu erreichen.

*Wir wollen daher, dass:*

- die Artikel 2 bis 4 des Vertrages neu formuliert werden, um eine Anpassung und Ausgewogenheit der Ziele der Union zu ermöglichen;
- die Harmonisierung der binnenmarktrelevanten Steuern und die Festlegung von sozialen Mindeststandards weiterverfolgt werden, um die wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu verwirklichen;
- das Europäische Parlament als Mitgesetzgeber in vollem Umfang an der Stärkung und Verbesserung der Entwicklung einer ausgewogenen europäischen Rechtsetzung sowie an der Abstimmung der wichtigsten politischen Instrumente in diesem Bereich beteiligt wird;
- für das Europäische Parlament ein abschliessendes Call-back-Verfahren für die sekundäre Rechtsetzung geschaffen wird;
- die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der Sozialpartner am makroökonomischen Dialog gewährleistet wird;
- die wirtschaftspolitischen Leitlinien umgewandelt werden in Leitlinien für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und soziale Konvergenzpolitik, die auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission unter Assoziierung des Europäischen Parlaments vom Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden;
- die offene Koordinierung in die Verträge aufgenommen wird;
- die Außenvertretung der Eurozone einheitlich geregelt und in den Vertrag aufgenommen wird.

## **Nachhaltige Entwicklung**

Die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension beinhaltet eine stärkere Beachtung der Kohärenz der Politiken in diesen Bereichen. Wir treten für ein Wachstum ein, das auf einer verantwortungsvollen und effizienten Nutzung der natürlichen Ressourcen beruht, Umweltbelangen Rechnung trägt und Produktionsverfahren entspricht, die der Gesundheit nicht schaden.

*Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Union müssen in Zukunft erlauben:*

- unter Wahrung der Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet auf Unions-ebene einen hohen Gesundheitsschutz zu erreichen;
- die Lebensmittelsicherheit zu garantieren, insbesondere durch Gewährleistung eines Produktionsprozesses, der diesem Ziel Rechnung trägt. Deshalb ist für Maßnahmen, die direkt oder indirekt die Lebensmittelsicherheit betreffen, die volle Beteiligung des Europäischen Parlaments durch das Mitentscheidungsverfahren erforderlich;
- die europäische Agrarpolitik einer generellen Neuorientierung zu unterziehen, um sie mit den Erfordernissen der nachhaltigen Entwicklung und der Lebensmittelsicherheit in Einklang zu bringen. Dies wird durch die Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens im Agrarbereich erreicht;
- die Politiken in den Bereichen nukleare Sicherheit, Forschungsförderung und Außenbeziehungen zu stärken, den Euratom-Vertrag zu überprüfen und zu aktualisieren und ihn in den Verfassungsvertrag zu integrieren. Gleichzeitig muss das demokratische Defizit durch Einführung der Mitentscheidung verringert werden.

## **Vertiefung und Diversifizierung der komplementären Politiken**

Die gemeinsamen Politiken sind die Grundlage der europäischen Integration, denn sie stärken das Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Union. Diese müssen daher auf der Basis der Solidarität für eine Gesellschaft ohne soziale Ausgrenzungen entwickelt werden.

*Zur Verwirklichung dieser Ziele muss die Union:*

- die europäische Dimension im Bereich der Jugend sowie der Bildung, Forschung und Innovation entwickeln sowie die in Lissabon definierten Ziele des „Europas des Wissens“ in Angriff nehmen;
- ihre Informations-, Kommunikations- und Bildungspolitik neu beleben;
- die Medienfreiheit und -vielfalt sowie die Informationsverbreitung gewährleisten und dabei die Rechte der Verbraucher schützen;
- als legitimer Akteur im kulturellen Bereich anerkannt werden, der die kulturelle Vielfalt respektiert, einen konkreten Beitrag leistet und einen spürbaren europäischen Mehrwert schafft;
- den Verbraucherschutz im Bereich der Medien und der Informationsverbreitung gewährleisten;
- die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern und gegebenenfalls ihre Aktionen in den Bereichen Kultur und Sport unterstützen.

### **Künftige Finanzierung der Union**

Der Konvent zur Zukunft Europas sollte eine gute Gelegenheit sein, um den Haushalt der Europäischen Union auf eine demokratische, legitime Grundlage zu stellen. Der wichtigste Punkt müsste darin bestehen, dem Parlament volle Haushaltsbefugnisse sowohl für die Ausgaben als auch die Einnahmen zu geben. Dies bedeutet Mitentscheidung für alle Haushaltsfragen.

- Die Verbesserung des Eigenmittelsystems sollte sich von den Grundsätzen der Finanzautonomie, der Kosten-Nutzen-Relation und der Transparenz leiten lassen. Es empfiehlt sich eine Kombination aus der Vereinfachung des gegenwärtigen Systems und der Verfassungsbestimmungen zur Einführung von Einnahmen, einschließlich einer europäischen Steuer, die die bisherigen Eigenmittel ersetzen.
- im Hinblick auf die Ausgaben beabsichtigt das Europäische Parlament eine Stärkung seiner Rolle als Zweig der Haushaltsbehörde und eine Rationalisierung der Haushaltsstruktur, insbesondere durch Beseitigung der Unterscheidung zwischen obligatorischen und nicht obligatorischen Ausgaben.

### **Die Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**

Wir plädieren dafür, die Union zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu machen. Die Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen hat in unseren Bestrebungen einen wichtigen Platz. Wir wollen ein europäisches Programm zur Stärkung der inneren Sicherheit, das gleichzeitig die Achtung der persönlichen Rechte und Freiheiten garantiert.

Der Begriff Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, der sich zurzeit auf die in Titel IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und Titel VI des Vertrags über die Europäische Union vorgesehenen Maßnahmen beschränkt, muss besser definiert werden, um ihn mit der Definition der Grundrechte im Text der Charta in Einklang zu bringen. Es geht im Wesentlichen darum, die Notwendigkeit einer Interaktion zwischen der Definition der Grundrechte und der zu ihrem Schutz notwendigen Maßnahmen auf europäischer Ebene deutlich zu machen.

Es ist dringend erforderlich, im betreffenden Pfeiler die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu konsolidieren. Dies erlaubte eine echte Kohärenz zwischen der Politik der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und führte zu einem besseren Verständnis der Bestimmungen durch die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig würde dadurch die vertragliche Kohärenz gewährleistet und die rechtliche Kontrolle über Handlungen der EU, die Auswirkungen auf die Bürgerrechte haben, gesichert. Die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments gewährleistet die demokratische Kontrolle in diesem Bereich.

Wir treten ein für die Einführung einer echten Asyl- und Einwanderungspolitik durch eine wirkungsvolle Koordinierung der verschiedenen Integrationspolitiken und durch die Harmonisierung der Rechtsvorschriften zum Asylrecht sowie des Einwandererstatus innerhalb der Union.

*Wir wollen folgende Ziele erreichen:*

- die Möglichkeit der direkten Klage von Bürgern vor dem Europäischen Gerichtshof im Fall einer Verletzung der Grundrechte, so wie sie in der Charta der Grundrechte festgelegt sind;
- die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft als unabhängiges Organ zur Verfolgung von Verstößen der nationalen Verwaltungen gegen die finanziellen Interessen der Union;
- die Verleihung eines angemessenen institutionellen Status an Europol im Einklang mit dem Status von Eurojust;
- die Zusammenlegung der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit in Strafsachen mit der Zusammenarbeit in Zivilsachen im Rahmen der Gemeinschaft.

### **Eine starke Union in der Welt**

Eine Union, deren weltweite Verantwortung zunimmt, ist verpflichtet, insbesondere auch durch die Bekämpfung des Terrorismus zur Wahrung von Frieden und Demokratie, zur Achtung der Menschenrechte und zur Entwicklung beizutragen. Sie muss auch in der Lage sein, den weltweiten Herausforderungen des nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, des Umweltschutzes und der Armutsbekämpfung zu begegnen. Als wichtigster Handelspartner der Entwicklungsländer muss sie dafür sorgen, dass der Welthandel der Solidarität und den Menschenrechten Rechnung trägt.

Um diese Ziele erreichen zu können, muss die Union ihre Strukturen und Methoden verbessern und eine echte kohärente Außenpolitik aufbauen, welche die GASP, die Handelspolitik, die Wirtschaftspolitik, die Politik der Entwicklungszusammenarbeit und die externen Aspekte des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts einbezieht.

- Europa muss auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen. Die derzeitige Zweigleisigkeit zwischen Rat und Kommission sollte beseitigt werden;
- die demokratische Legitimität muss mit Hilfe der Ratifizierung aller wichtigen internationalen Verträge durch das Europäische Parlament gestärkt werden;
- die Methoden der GASP müssen effizienter werden, insbesondere durch eine möglichst häufige Anwendung von Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit;
- besondere Aufmerksamkeit sollte der Weiterentwicklung der Konfliktprävention, der ESVP zur Durchführung der „Petersberg-Missionen“ und nach Möglichkeit einer substanziellen, mit einem bewaffneten und schnell einsatzfähigen Instrument ausgestatteten Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewidmet werden; die Kontrollrechte des Europäischen Parlaments in diesem Bereich müssen gestärkt werden;
- Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit müssen für alle Beschlüsse zur Handelspolitik angewandt werden, um einen kohärenten Ansatz zu erzielen, der alle Handelsbereiche, insbesondere das geistige Eigentum, die Dienstleistungen sowie Umwelt-, Sozial- und Arbeitsfragen umfasst;

- die Union muss über eine Rechtspersönlichkeit verfügen, um ihre aktive Präsenz auf internationaler Ebene zu stärken und ihre einheitliche Vertretung in allen internationalen Organisationen zu erleichtern.

### **Eine auf einem für die Bürger leicht verständlichen Verfassungsvertrag begründete Union mit demokratischeren und effizienteren Institutionen**

#### **Eine verfassungsmäßige und bürgernähere Union**

Der Entscheidungsprozess und die Mittel der Union entsprechen nicht mehr ihren derzeitigen und künftigen Zielen. Sie ist nicht in der Lage, den Herausforderungen der Erweiterung zu begegnen und ihrer Verantwortung in der Welt gerecht zu werden. Sie ist schlecht aufgebaut, die Menschen sind desorientiert.

Eine klarere und präzisere Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten wird den Bürgern helfen zu verstehen, wer was und wie tut. Das System der Zuständigkeiten muss sich weiterentwickeln und den sozialen Veränderungen anpassen können. Das Prinzip der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind politische Prinzipien. Sie müssen primär auf der Ebene der nationalen Parlamente im Vorfeld der Annahme des Gemeinschaftsaktes, im Rahmen der Tätigkeitskontrolle ihrer Regierungen im Rat verstärkt werden. Auch muss die Anwendung des Prinzips der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit *ex ante* durch eine politische Kontrolle und *ex post* durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften garantiert sein.

Wir müssen die vier Verträge umorganisieren, vereinfachen und in einem einheitlichen Text zusammenfassen, der für eine einzige Einheit, nämlich die Union, Anwendung findet, so dass die Bürger die Union als Ganzes und ihre Verfahren besser überblicken können.

Wir sollten den Vertrag umorganisieren, und zwar in einem ersten Teil die Grundprinzipien und konstitutionellen Schlüsselbestimmungen und in einem zweiten Teil Detailfragen zu den Politiken zusammenfassen. Der erste, konstitutionelle Teil dürfte nur mittels Zustimmung durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten verändert werden, und für die Veränderung der Artikel des zweiten Teils müsste man ein Verfahren nach einer integrierten Gemeinschaftsmethode schaffen.

#### **Effizientere, transparentere und demokratischere Institutionen**

Um die Ziele im Sinne eines politisch, wirtschaftlich und sozial stärkeren Europa zu erreichen, ist eine größere Effizienz und Legitimität erforderlich. Die Union braucht effiziente Institutionen, die in einen funktionierenden demokratischen Entscheidungsprozess münden.

Dies bedeutet insbesondere:

##### **Für das Parlament**

- Die Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens auf alle Rechtsetzungs- und Haushaltsbereiche ist für eine demokratische und vollkommen legitime Union unerlässlich;
- das Europäische Parlament muss seine Zustimmung zu Vertragsänderungen erteilen;



- das Europäische Parlament muss zu allen konstitutionell wichtigen Ernennungen seine Zustimmung geben, wie Ernennungen von Richtern am Gerichtshof, des Hohen GASP-Vertreters, zu Ernennungen für die Zentralbank, den Rechnungshof und Europol, um so die demokratische Legitimität dieser Organe zu stärken;
- die Stärkung der immer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten in allen Aspekten der Unionspolitiken, zum Beispiel bei der Erarbeitung der wirtschaftspolitischen Leitlinien und bei innenpolitischen und rechtlichen Fragen, um die demokratischen Kontrollmechanismen zu verbessern. Wir sind gegen eine zusätzliche Kammer aus Vertretern der nationalen Parlamente, denn dies würde den Entscheidungsprozess erschweren, ohne die tatsächlichen Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente zu verbessern;
- die Instrumente und Verfahren zur Gesetzgebung für eine schnellere Beschlussfassung zu überarbeiten, die verschiedenen Instrumente aneinander anzunähern, sie in verständliche und rechtlich angemessene Bezeichnungen umzubenennen und klar zwischen Legislative und Exekutive zu unterscheiden; vorherige Konsultationen zwischen den Mitgesetzgebern zu ermöglichen und das Vermittlungsverfahren transparenter und flexibler zu gestalten, z. B. indem als Vertreter des Rates Politiker anstelle von Beamten verhandeln;
- die von der Kommission angenommenen Ausführungsmaßnahmen müssen Gegenstand einer Überprüfung durch das Parlament und den Rat sein können, wobei jeder von beiden ein Call-back-Recht hat, um jede dieser Maßnahmen prüfen und mit qualifizierter Mehrheit ablehnen zu können.

#### Für den Rat

- Reform des Rates, insbesondere des Vorsitzsystems, um mehr Kontinuität zu gewährleisten;
- Festlegung und Aufteilung der Aufgaben des Rates in seiner legislativen und exekutiven Rolle;
- Ausweitung von Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit auf alle Rechtsetzungsbereiche mit Ausnahme von konstitutionellen Fragen;
- Transparenz und Vereinfachung des Entscheidungsprozesses sowie Klarheit darüber, wer was tut, sind unabdingbare Voraussetzungen für eine demokratische Union. Aus diesem Grunde muss der Rechtsetzungsprozess öffentlich stattfinden;
- Vereinfachung der überaus komplexen Definition der „qualifizierten Mehrheit“, wie sie im Vertrag von Nizza festgelegt ist, und Ersetzung durch eine doppelte Mehrheit der Staaten und Bevölkerung;
- Ablehnung jedes Versuchs, ein Exekutivdirektorium oder einen Exekutivpräsidenten innerhalb des Rates einzuführen.

## Für die Kommission

Wir treten für eine starke Kommission ein, die ihre Rolle als europäische Regierung erfüllen kann, insbesondere durch

- die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament zur Stärkung der demokratischen Legitimität, der Autorität und Effizienz der Kommission und zur Wiederbelebung des Interesses der Bürger der Union an europäischen Wahlen;
- die Reform der internen Struktur der Kommission;
- die Bekräftigung des ausschließlichen Initiativrechts der Kommission;
- die Eingliederung des Hohen Vertreters für die Außenpolitik in die Kommission als Kommissar mit besonderem Status, der vom Kommissionspräsidenten und dem Rat gewählt wird;
- die Zuordnung aller Verwaltungsstellen der EU wie Agenturen, Überwachungsbehörden, Europol in die Zuständigkeit der Kommission.

## **Ausblick**

Wir Sozialisten haben schon lange vor dem Europäischen Rat von Nizza für die Einrichtung eines Konvents als Alternative zur traditionellen Methode der Änderung der Verträge gekämpft. Die fehlende Kohärenz zwischen den Aufgaben und Zuständigkeiten der Union, die mit dem Mangel an Demokratie und Effizienz innerhalb der Institutionen zusammenhängt, hat zu einer Entfremdung der Bürger gegenüber der Union geführt. Europa muss auch künftig ein Vorbild für die Welt bleiben, indem es im Zuge der Weiterentwicklung seiner Aufgaben seine Grundwerte achtet. In diesem Sinne muss es sein Sozialmodell vorantreiben, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts schaffen, in dem die individuellen Rechte und Freiheiten geachtet werden, und es muss seinen Platz in der Welt behaupten. Um diese Ziele zu erreichen, braucht die Union wirksame und demokratische institutionelle Instrumente. Die Ergebnisse des Konvents müssen die Grundlage für die Entscheidungen der Regierungskonferenz 2004 bilden. Der Konvent wird ein Erfolg werden, wenn es ihm gelingt, ein Ergebnis zu erzielen, mit dem das Vertrauen der Bürger in die Union wiedergewonnen werden kann.